



Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen
Baden-Württemberg

📅 04.12.2022

SICHERHEIT

Neues Forschungsprojekt „InGe“



Pixabay

Das neue Forschungsprojekt „Lagebildinstrument zu Gewalterfahrungen von Beschäftigten im öffentlichen Dienst“ (InGe) entwickelt ein neues, softwaregestütztes Instrument zur Erfassung und Auswertung von Gewaltvorfällen gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. Damit soll ein umfassender Überblick über Aufkommen und Entwicklung von Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst von Baden-Württemberg ermöglicht werden.

„Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst betrifft nicht nur Polizei, Rettungsdienst und Feuerwehr. Auch Lehrerinnen und Lehrer, Beschäftigte im Jobcenter, Beamtinnen und Beamte in Kommunalverwaltungen oder Pflegekräfte in Krankenhäusern erleben zunehmend insbesondere psychische Gewalt wie Beleidigungen oder Bedrohungen. Das nehmen wir nicht tatenlos oder gar achselzuckend hin. Wir brauchen freilich zunächst ein möglichst realistisches Abbild der Gewaltvorfälle gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes - also ein umfassendes und spezifisches Lagebild. Mit dem Forschungsprojekt InGe schaffen wir langfristig eine kontinuierliche und flächendeckende

Datengrundlage für die zielgerichtete Prävention von Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Diensts“, sagte der Stv. Ministerpräsident und Innenminister **Thomas Strobl** am 04. Dezember 2022.

Starke Verbundpartner im Projekt

Ziel des Verbundprojekts „Lagebildinstrument zu **Gewalterfahrungen** von Beschäftigten im öffentlichen Dienst“ (**InGe**) ist es, ein neues, softwaregestütztes Instrument zur Erfassung und Auswertung von Gewaltvorfällen gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes zu entwickeln. Damit soll ein umfassender Überblick über Aufkommen und Entwicklung von Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst von Baden-Württemberg ermöglicht werden. Die Gemeinsame Zentralstelle Kommunale Kriminalprävention (GeZ KKP) im Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Baden-Württemberg leitet den Forschungsverbund. Weitere Verbundpartner sind das **Centre for Security and Society der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg** (UFr Ccs) und die Disy Informationssysteme GmbH. Als assoziierte Partner unterstützen das Projekt das **Landeskriminalamt Baden-Württemberg** (Zentrum für Sicherheitsforschung), das **Bayerische Rote Kreuz**, der **Beamtenbund Baden-Württemberg**, der **Deutsche Gewerkschaftsbund** (Bezirk BW), das **Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg** sowie die **Unfallkasse Baden-Württemberg**.

Eine weitere Brücke zwischen Praxis, Politik und Wissenschaft wird durch einen Beirat geschlagen, der sich aus insgesamt zehn Mitgliedern unterschiedlicher Institutionen zusammensetzt. Das **Bundesministerium für Bildung und Forschung** (BMBF) fördert das auf zwei Jahre angelegte Projekt im Rahmen der Richtlinie „Anwender-Innovativ: Forschung für die zivile Sicherheit II“ mit insgesamt rund 700.000 Euro.

Anstieg der Gewalt gegenüber Angehörigen des öffentlichen Dienstes

Die Polizeiliche Kriminalstatistik von Baden-Württemberg weist in den letzten fünf Jahren einen stetigen Anstieg der Gewalt gegenüber Angehörigen des öffentlichen Dienstes aus. Die Zahl der geschädigten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten erreichte im Land 2021 mit 11.919 Opfern einen Höchstwert. Gleiches gilt für die Anzahl der Opfer von Gewalt unter den sonstigen Beschäftigten im öffentlichen Dienst (1.041) sowie bei den Angehörigen von Feuerwehr und Rettungsdienst (263). Mit Blick auf das Jahr 2022 liegen die Opferzahlen bei Polizistinnen und Polizisten bislang auf dem hohen Niveau des Vorjahres, bei Angehörigen von Feuerwehr und Rettungsdienst sowie bei den sonstigen Beschäftigten im öffentlichen Dienst zeichnet sich sogar ein weiterer Anstieg ab.

Problemschwerpunkte erkennen

„Im Ergebnis ist es unser Ziel, zunächst eine verlässliche Datengrundlage zu schaffen. Sowohl Landes- als auch kommunalen Behörden wollen wir in die Lage versetzen, Problemschwerpunkte zu erkennen und darauf aufbauend Strategien und zielgerichtete Maßnahmen für einen besseren Schutz von Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu entwickeln. Perspektivisch soll das Lagebildinstrument auch über Baden-Württemberg hinaus bundesweit eingesetzt werden können“, erläuterte Innenminister Thomas Strobl.

Weitere Informationen zum Projekt finden Sie unter www.kkp-bw.de/veroeffentlichungen sowie zum Sicherheitsforschungsprogramm des BMBF unter www.sifo.de.

Link dieser Seite:

<https://im.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse-und-oeffentlichkeitsarbeit/pressemitteilung/pid/neues-forschungsprojekt-inge>